



**Fachverband für
Soziale Arbeit,
Strafrecht und
Kriminalpolitik**

Jahresbericht 2007



DER PRÄSIDENT

Geleitwort zum Jahresbericht

Liebe Mitglieder,
Freunde und Förderer des
DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik!



Hiermit legen wir Ihnen den Jahresbericht 2007 vor. Bei dieser Gelegenheit danke ich erneut und wiederum, wie schon in den vorigen Berichten, zuallererst allen Personen und Institutionen sehr herzlich, die auch in diesem Geschäftsjahr direkt und indirekt zur Arbeit unseres Verbandes beigetragen und damit dessen Gedeihen gefördert haben. Sodann gebührt aus dem Kreis der Mitglieder denjenigen Vereinigungen und Verbänden besonderer Dank, die einen erhöhten Mitgliedsbeitrag geleistet bzw. auf andere Weise mit Sondermitteln bestimmte Aufgaben mit ermöglicht haben. Die erfolgreich fortgesetzten gemeinsamen Veranstaltungen in den Regionen, zum Teil zusätzlich unterstützt durch weitere Partnerinstitutionen, haben erfreulich hohen Zuspruch gefunden. Übrigens darf ich sozusagen im Vorgriff auf den nächsten Bericht mitteilen, dass der Trend im Jahr 2008 bislang konstant anhält. Wir fühlen uns dadurch ermutigt, auf diesem Wege weiter voran zu schreiten, und sehen auch Anregungen von Ihrer Seite mit hoher Offenheit entgegen. Die Zusammenarbeit unserer Bundesgeschäftsstelle mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Mitgliedsverbände und Mitgliedsvereine hat uns sehr genutzt, und wir hoffen, dass auch unsere Partner vergleichbar von der Sacharbeit und der Vertiefung der persönlichen Kontakte profitiert haben. Unter den institutionellen Förderern verdient das Bundesministerium der Justiz vor allem wegen der regulären Zuschüsse hervorgehobenen Dank.

Der Verband lebt im Inneren wie im Äußeren vom stetigen und engagierten Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich danke allen Beteiligten persönlich und institutionell, auch im Namen des gesamten DBH-Präsidiums, sehr herzlich für ihre Tätigkeit. Stellvertretend seien hier die Personen in Leitungsfunktionen hervorgehoben: für die Bundesgeschäftsstelle insgesamt Herr Peter Reckling, für das DBH-Bildungswerk Frau Renate Engels, für das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung Herr Gerd Delattre, und für das Projekt Lotse Frau Renate Wevering. Verdichtete Kurzberichte über die verschiedenen Arbeitsfelder finden Sie, neben einem Überblick über den Haushalt des Verbandes, auf den nachfolgenden Seiten.

Wir haben im vergangenen Jahr unsere Öffentlichkeitsarbeit und unsere Informationsdienste weiter intensiviert. Dazu gehört der „DBH-Newsletter“, dessen Abonnentenzahl sich erfreulicherweise weiter erhöht hat. Aus Gründen der Aktualität und zugleich um der stets zu beachtenden Kostenersparnis willen sind wir dabei verblieben, ihn nur elektronisch zu versenden. Sollten Sie diesen Newsletter bislang selbst noch nicht nutzen, jedoch Zugang zum Internet und einen Email-Anschluss haben, empfehlen wir Ihnen einen Testlauf. Man kann sich

auf der Website von www.dbh-online.de jederzeit unter der entsprechenden Rubrik anmelden und ggf. auch problemlos wieder austragen lassen. Wenn Sie den Newsletter schon selbst genutzt und für hilfreich erlebt haben, erlauben wir uns die Bitte, in Ihrem Umfeld und Einflussbereich für weitere Abonnenten zu werben.

Besonders wichtig war es uns darüber hinaus, im direkten und im symbolischen Sinn die „Sichtbarkeit“ des von uns allen repräsentierten Bereichs der so genannten Tertiären Prävention auf dem Deutschen Präventionstag zu erhöhen. Beim entsprechenden Präventionstag in Wiesbaden im Juni 2007 hat die (nicht nur) von mir für ganz wichtig gehaltene Idee, dass *alle* mitwirkenden Institutionen, bei voller Wahrung ihrer eigenen Identität und Selbständigkeit, sich räumlich möglichst eng beieinander präsentieren und damit sowohl den äußeren Eindruck gegenüber Dritten verstärken als auch Synergie-Effekte erzeugen, sich immerhin in Teilen verwirklichen lassen

In der Rechts- und insbesondere Kriminalpolitik bahnen sich erhebliche Wandlungen und ggf. sogar Umbrüche an. Wohin die in den letzten Jahren verwirklichten und noch ausstehenden Verschärfungen bei der Sicherungsverwahrung tatsächlich führen werden, ist nach dem bisherigen Eindruck noch ganz offen. Wir werden die Entwicklung, vor allem auch im „benachbarten“ und gesetzlich nun schon einige Zeit reformierten Feld, nämlich dem der Führungsaufsicht, möglichst genau beobachten und würden uns sehr freuen, Sie zu gegebener Zeit als Mitveranstalter bei zielgerichteten Kurzveranstaltungen bzw. Fortbildungstagen gewinnen zu können.

Alle Bundesländer haben es gemäß dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts und in Umsetzung der ihnen durch die Föderalismusreform zugewachsenen Gesetzgebungskompetenz rechtzeitig geschafft, vor Beginn des Jahres 2008 ein Jugendstrafvollzugsgesetz zu verabschieden. Einzelne Bundesländer haben auch bereits das Recht des allgemeinen Strafvollzugs bzw. des Untersuchungshaftvollzuges reformiert. Wir hatten zu den Entwürfen ausführlich Stellung genommen. Es ist noch zu früh, um bereits auch nur vorläufig verbindliche Bewertungen über die Praxis der Implementation der neuen Gesetze abzugeben. Wir planen, zu gegebener Zeit zusammen mit Partnerverbänden Stellungnahmen abzugeben bzw. Fortbildungsveranstaltungen anzubieten.

Das „heiße Eisen“ Privatisierung haben wir ständig beobachtet und im Rahmen unserer Möglichkeiten mit bearbeitet. Bereits mit Ablauf des Jahres 2006 endete, wie Sie alle wissen werden, in Baden-Württemberg der verbreitet als Pilotversuch bezeichnete Testlauf der Übertragung von Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich (im allgemeinen Strafrecht) auf den vom Justizministerium mit der Durchführung und Fortentwicklung beauftragten Träger, die Neustart Baden-Württemberg gGmbH. Neustart ist damit seit Januar 2007 für das ganze Land zuständig.

Wie kaum anders zu erwarten, sind bislang noch nicht alle Vorstellungen und Wünsche Wirklichkeit geworden. Auch gibt es in bzw. zu einzelnen Punkten nach wie vor oder auch erst neu in jüngerer Zeit deutliche Meinungsunterschiede im Feld. Als Fachverband sind wir aufgerufen, die *fachliche* Entwicklung gründlich zu analysieren und zu begleiten sowie in diesem Rahmen dazu beizutragen, dass auf *Bundesebene* möglichst *hohe* und *gemeinsame* Kriterien eines humanen, rationalen, effizienten, professionellen und damit insgesamt guten Umgangs mit

Tätern, Opfern und anderen von der Kriminalität Betroffenen fortentwickelt und auch faktisch in der täglichen Arbeit angewandt werden.

Unzweifelhaft gilt nach allen Erfahrungen im menschlichen und beruflichen Bereich in diesem Rahmen: Ohne motivierte und einsatzfreudige Praktiker am direkten Ort des Geschehens lässt sich keinerlei Gesetz und keinerlei Plan fruchtbringend verwirklichen. Und *insoweit* geht es den DBH-Fachverband, über legitime und durch andere zu artikulierende Berufsgruppenbedürfnisse hinaus, ganz direkt was an, wie sich Reformen entwickeln und welche Effekte sie auf die „Landschaft“ der Resozialisierung haben. Dies gilt für alle Reformen und alle Modelle gleichermaßen.

Mit unseren südwestdeutschen Mitgliedern, dem württembergischen Landesverband und dem badischen Landesverband, freuen wir uns besonders darüber, dass es ihnen nach intensiven Gesprächen mit dem Justizministerium und nach umfänglichen praktischen Vorbereitungen gelungen ist, zusammen mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg, flächendeckend für ganz Baden-Württemberg die Organisation der Gemeinnützigen Arbeit zu übernehmen. Die Verhandlungen waren im Jahr 2007 abgeschlossen, und seit Anfang 2008 gibt es das landesweit aktive „Netzwerk Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg“ zur Vermeidung von Haft, unter dem Motto „Schwitzen statt Sitzen“. Über die örtlichen Mitgliedsvereine des Netzwerks werden alle Fälle von gemeinnütziger Arbeit zur Abwendung einer Ersatzfreiheitsstrafe sowie zur Erfüllung von Arbeitsauflagen, die als Bewährungs- oder Gnadenaufgabe angeordnet wurden, vermittelt. Wir hoffen, in absehbarer Zeit u. a. gemeinsame Veranstaltungen über die Erfahrungen durchführen zu können und zudem zu Aussagen über mögliche Folgerungen zu gelangen, die sich daraus für die Arbeit in anderen Bundesländern bzw. für die Gesetzgebung ergeben.

Ich wünsche Ihnen allen ein erfolgreiches Wirken im Jahr 2008 und darüber hinaus.



Köln und Tübingen

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner



Aktivitäten 2007:

Zu Beginn des Jahres 2007 haben Vertreter der bundesweiten Verbände: DVJJ, ADB, BAG und der evang. und kathol. Seelsorger in einer gemeinsamen Sitzung vereinbart, Mindeststandards zu den Jugendstrafvollzugsgesetzen aufzustellen. Das gesammelte Fachwissen bei der DVJJ ermöglichte es, sehr schnell eine Vorlage zu erstellen, die dann auch von sehr vielen Einzelpersonen unterzeichnet wurde. Für die Positionierung zu den im Verlauf des Jahres vorgelegten Einzelgesetzen der Länder war dies sehr hilfreich. In den Landesparlamenten wurden diese Mindeststandards häufig zitiert. Mit den Fachabteilungen der Justizministerien der Länder haben wir den fachlichen Austausch geführt. Präsidiumsmitglieder haben bei verschiedenen Tagungen die DBH-Positionen vertreten.

In 23 Thesen werden die Mindeststandards der Verbände beschrieben. Diese sind u.a.: eigenständige Jugendstrafvollzugsgesetze, Vollzugsziel ist die Resozialisierung, umfassende Beteiligung der Gefangenen, umfassende Vernetzung des Vollzuges, Chancen für alle Gefangenen, offenen Vollzug nutzen und ausbauen, Vollzugslockerungen und Vollzug in freien Formen, rechtzeitig mit der Entlassungsvorbereitung beginnen, Unterbringung in Einzelhafträumen; Wohngruppenvollzug, eigenständige Jugendstrafanstalten, qualifiziertes und ausreichendes Personal.

Zu den jeweiligen Gesetzen der Länder hat der DBH-Fachverband Stellung genommen, sofern er dazu Gelegenheit erhielt.

Mit der ADB wurde erstmals ein bundesweiter Bewährungshelfer-Tag organisiert. Dieser fand im November 2007 in Berlin statt. Am Bewährungshelfertag nahmen 150 Fachleute aus vielen Regionen Deutschlands teil. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Alfred Hartenbach, und die Justizsenatorin von Berlin, Gisela von der Aue, begrüßten die Teilnehmer/innen. Die Betreuungs- und Kontrollarbeit der Bewährungshelfer/innen mit gewalttätigen und gefährlichen Tätern stand im Mittelpunkt der Vorträge und der Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Auch in der Zukunft sollen weitere gemeinsame Bewährungshelfertage durchgeführt werden.

Im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages fand im März eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf zur Führungsaufsicht der Bundesregierung statt. Alle Sachverständigen begrüßten im Grunde die Reform, brachten aber zu einzelnen Punkten auch kritische Anmerkungen vor. So etwa zur mangelnden wissenschaftlichen Untersuchung der Anwendung von Führungsaufsicht, der Mehrbelastung der Bewährungshilfe durch die steigende Fallzahl und der mangelnden finanziellen Absicherung der schon bestehenden Ambulanzen. Der DBH-Geschäftsführer, Peter Reckling, wurde als Sachverständiger eingeladen, so dass die Position des DBH im Gesetzgebungsverfahren Gehör gefunden hat. In einer weiteren Ausgabe der DBH-Materialien (Nr.61) wird der Umgang mit gefährlichen Tätern und die Führungsaufsicht ausführlich behandelt.



Rede von Prof. Kerner

Mit den Ergebnissen der Reform der Führungsaufsicht und der Betreuung und Kontrolle von gefährlichen Straftätern nach der Haftentlassung beschäftigte sich die DBH-Fachtagung am 08.10.07 in Würzburg. Sie fand in Kooperation mit dem Bayerischen Landesverband für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe, der Christopherusgesellschaft Würzburg und der Brücke Aschaffenburg statt. Der Einladung waren 150 Fachkräfte gefolgt. Neben den Fachvorträgen wurde in Arbeitsgruppen über die Kooperation der verschiedenen Dienste beraten und die Sexualstraftäterdatei HEADS vorgestellt.

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP), der BAG-Wohnungslosenhilfe, dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH), dem Deutschen Vormundschaftstag (VGT) und dem Landschaftsverband Rheinland führten wir gemeinsam eine Suchthilfe-Tagung in Köln durch. Der überwältigende Zuspruch von 300 Teilnehmenden hat die Organisatoren bestärkt, die erfolgreiche Zusammenarbeit fortzusetzen und dieses Thema auch an anderen Orten Deutschlands zu präsentieren (Stuttgart 2008).



DBH-Stand in Köln (Sucht-Tagung)

Der Generalvertrag zwischen dem Justizministerium Baden-Württemberg und der Neustart gGmbH wurde geschlossen - damit ist der freie Träger ab 01.01.07 flächendeckend in ganz Baden-Württemberg für die Erfüllung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe verantwortlich.

Am 14.03. fand im "dradio" (Deutschlandfunk) die Sendung "Staatlicher Rückzug - Baden-Württemberg setzt als erstes Bundesland auf private Bewährungshilfe" statt. Es diskutierten Jörg Müller vom Justizministerium, Georg Zwinger von Neustart, Peter Reckling vom DBH-Fachverband und mehrere Anrufer.

Die diesjährige DBH-Mitgliederkonferenz – Anfang 2007 in Köln - fand wieder regen Zuspruch. Als Referenten konnten wir jeweils den Leiter des Sozialdienstes der JVA Hünfeld (Hessen) von der Firma Serco und den Leiter des Wohnheims für Straffällige in Köln (Haus Rupprechtstr.) gewinnen. Außerdem hat der Leiter des Zentrallabors der Kliniken der Stadt Köln über „Kontrolle von suchtgefährdeten Klienten / Probanden mittels eines neu entwickelten Markertests - Polyethylenglycole als Markersubstanzen für Suchturine" referiert. Dieser Markertest wird bundesweit in vielen Suchthilfeeinrichtungen und Institutionen eingesetzt. Darüber hinaus diente diese Konferenz wieder dem Erfahrungsaustausch und der Informationsgewinnung.

Auf dem 12. Deutschen Präventionstag in Wiesbaden hat der DBH – Fachverband sich besonders dafür eingesetzt, dass die Themenbereiche der tertiären

Prävention präsentiert wurden. In einer Standgemeinschaft mit dem Pfälzischen Landesverband und der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Bewährungshelfer/innen wurden Themen wie häusliche Gewalt und Angebote der Straffälligen- und Bewährungshilfe vorgestellt. Erfreulich war, dass weitere Gruppierungen der Straffälligenhilfe – besonders aus Hessen - die Gelegenheit nutzten, ihre Arbeit den Besuchern der Tagung zu präsentieren.

2007 fanden 2 Präsidiumssitzungen statt, auf denen sowohl die veröffentlichten Stellungnahmen zu den Jugendstrafvollzugsgesetzen als auch eine überarbeitete Stellungnahme zur Frage der Privatisierung beraten wurden. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitungen zur Satzungsänderung und gemeinsame Beratungen mit dem Vorstand der Vereinigung der Freunde und Förderer der DBH (VFF). Viele Themen wurden im E-Mail-Austausch beraten und entschieden. Somit konnten auch zeitnahe Entscheidungen getroffen werden.

Der DBH-Fachverband ist die einzige deutsche Mitgliedsorganisation in der CEP und war dementsprechend auf der Mitgliederkonferenz anwesend. In deren Rahmen führte die Vereinigung der europäischen Bewährungshilfe (CEP) in Tallinn eine Fachtagung mit 150 Teilnehmern aus über 30 Ländern durch.



Tagungsstätte in Tallinn: National-Bibliothek

Prof. Kalmthout kündigte die baldige Herausgabe des Sammelbandes "Probation in Europe" an, in dem alle Bewährungshilfe-systeme in Europa beschrieben werden. Auf der Mitgliederversammlung wurden weitere neue Mitglieder begrüßt, dies sind u.a. das polnische und litauische Justizministerium. Ein neuer Vorstand wurde gewählt. Neuer Präsident ist Patrick Madigou aus Frankreich (Directeur du Service Pénitentiaire d'Insertion et de Probation de Paris).

Die folgenden Publikationen in unserer Reihe "DBH-Materialien" sind in diesem Jahr erschienen: Nr.55: Sicherheit und Risiko (Dokumentation der DBH-Bundestagung 2006); Nr. 56: Klassifikation der Betreuungsintensität in der Bewährungshilfe (Wilhelm S. Schmitt); Nr.57: Zeugenbetreuung (Michael Roth); Nr.58: Evaluation eines Netzwerkes zur Kommunalen Kriminalprävention (Rainer Hoffmann / Falco Schmidt). Die Bücher werden im Eigenverlag erstellt und bei Books on Demand gedruckt. Für die Produktion in diesem Jahr konnte zur Unterstützung der Geschäftsstelle eine zusätzliche Teilzeitkraft gewonnen werden. Die erhöhten Ausgaben sollen sich zukünftig durch einen vermehrten Buchverkauf ausgleichen. Alle Bücher sind über unsere Geschäftsstelle und im Buchhandel erhältlich.



Die Zeitschrift "Bewährungshilfe" erscheint in gewohnter hoher Qualität. Die vier Ausgaben im Jahr 2007 befassen sich mit den Schwerpunkten:

1) Qualitätsmanagement, 2) Dokumentation, 3) Fortentwicklung der Bewährungshilfe, 4) "Risk And Need Assessment": Neue Verfahren zur Beurteilung des Rückfallrisikos von Straffälligen. Die aktuellen Inhaltsverzeichnisse und die Editorials der Zeitschrift sind im Internet unter www.bewhi.de veröffentlicht.

Der dbh-newsletter ist mit 12 Ausgaben erschienen. Die Abonnentenzahl steigt weiter an, so dass diese jetzt bei 800 angelangt ist. Wegen des großen Zuspruches und der uns erreichenden Fülle an Informationen, soll die Herausgabe im kommenden Jahr intensiviert werden. Für das Jahr 2008 sind 20 Ausgaben vorgesehen.

Der dbh-newsletter wird in der DBH-Geschäftsstelle produziert.

Unsere Internetpräsenz ist gut besucht. Sie bedarf aber einer Anpassung an den erhöhten Informationsbedarf und einer übersichtlicheren Struktur.

Die Vorbereitungen und Beratungen zur Weiterentwicklung wurden in diesem Jahr aufgenommen. Da diese Arbeiten großteils mit eigenem Personal und nur bescheidenen Finanzmitteln umgesetzt werden können, bedarf es einer längeren Laufzeit.

Die spezifischen Aktivitäten der Arbeitsbereiche und Projekte des DBH-Fachverbandes sind in gesonderten Kapiteln dargestellt, die Sie auf den folgenden Seiten finden werden.





Bildungswerk

Das DBH-Bildungswerk trägt mit seiner Arbeit zur Erfüllung des Satzungszwecks des Fachverbandes bei. Folgerichtig liegt die globale Zielsetzung (Ergebnisziel) in der Vorbeugung, Minderung, Linderung und Beseitigung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität.

Die Erreichung dieses globalen Ziels wird über die folgenden Teilziele angestrebt:

- Analyse und Interpretation von Ursachen und Reaktionen auf Kriminalität, fachlicher Zusammenhang von Sozialer Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Zusammenhang zwischen der Wirkung fachspezifischer Interventionen und deren Akzeptanz und Unterstützung durch die Öffentlichkeit.
- Entwicklung und Überprüfung von Handlungskonzepten durch Nutzbarmachung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Alltagserfahrungen, Entwicklung und Erprobung, Information über neue Praxismodelle, Strukturierung und Auswertung von Praxiserfahrungen.
- Qualifizierungsmaßnahmen in Form von fachspezifischer (Weiter-) Qualifizierung von Personen, die mittelbar oder unmittelbar, haupt-, neben- oder ehrenamtlich im Bereich Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik tätig sind.
- Erkundung, Auswertung und Nutzung von internationalen Erkenntnissen und Erfahrungen sowie internationale Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen.
- Förderung der Kriminalpolitik von unten durch Verzahnung von professioneller und freier Tätigkeit, Weckung von Gemeinsinn, Bereitschaft zum Engagement und zur Zusammenarbeit, Entwicklung, Förderung und Durchführung von interdisziplinärer Kooperation auf lokaler Ebene und Öffentlichkeitsarbeit durch lokale und regionale Fortbildung.
- Serviceleistungen in Form von Vermittlung von Fortbildungsreferenten und -referentinnen, Tagungshäusern, Planungsberatung in Fortbildungsangelegenheiten für Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen und regionalen Fortbildungsangeboten mit anderen Trägern.

Dieser Zielsetzung wurde auch im Jahr 2007 gefolgt, 30 Fachtagungen, Seminare und Kongresse für verschiedene Zielgruppen aus dem Feld von Sozialer Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik wurden erfolgreich durchgeführt. Stark von der Praxis geprägte Themen wie: Gesprächsführung in der Sozialen Arbeit, Der Umgang mit Psychisch Kranken und Borderline-Persönlichkeiten in der Sozialen Arbeit, Vom Umgang mit Lügner und Betrügern, usw., finden sich im Bereich der Theorie-Praxis-Seminare, während im Bereich der Lehrgänge in erster Linie Handlungskonzepte vorgestellt und vertiefend behandelt werden, z. B. Schuldnerberatung, Anti-Aggressionstraining, Lehrgang zum Mediator in Strafsachen, Lösungszentrierte Beratung. Wie schon seit vielen Jahren gern geübte Praxis wurde auch 2007 wieder das von Teilnehmenden überwiegend selbst organisierte Gesprächsforum Gruppenarbeit unterstützt. Im "Forum Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik" finden sich Fachtagungen, Kongresse und interdisziplinäre Fortbildungen. Dazu gehörten 2007 z. B. der 12. Deutsche Präventionstag, Übergangmanagement vom Strafvollzug zur Nachbetreuung und Gruppenarbeit im Strafvollzug, Begegnung mit süchtigen Klienten, Ambulante Nachbetreuung von gefährlichen Straftätern.

Bevor etwas ausführlicher auf einige Veranstaltungen exemplarisch eingegangen werden soll, zunächst ein paar Zahlen aus dem DBH-Bildungswerk im Überblick der letzten Jahre:

Jahr	Veranstaltungen	Teilnehmende*	Teilnehmertage*
2000	67	2.100	5.000
2001	65	2.000	4.900
2002	60	1.200	2.900
2003	58	2.000	4.900
2004	57	2.100	4.200
2005	45	2.900	6.300
2006	41	2.600	6.500
2007	30	3.000	6.800

*gerundet



Der **12. Deutsche Präventionstag (DPT)** fand vom 18.-19. Juni 2007 in Wiesbaden statt. Wie die Fotos illustrieren, unterstützen die DBH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Kongress sehr tatkräftig auf vielfältige Weise: am Counter, in den Arbeitsgruppen und in der Ausstellung mit dem DBH-Stand und darüber hinaus auch in der Planung und Vorbereitung. Insgesamt 1.900 Teilnehmende und nochmals soviele Besucher der Ausstellung, DPT-Bühne und Kinder- und Eltern-Uni beschäftigten sich mit Themen der Kriminalprävention in ihren diversen Facetten. Der stärksten Gruppen der 1.900 Teilnehmenden stellen mit 30 % die Polizei, Justiz und Soziales stellt 20 %, die Kommunen 12 %, Verbände/Institutionen 10 %. Die Polizei ist zwar immer noch die größte Gruppe, aber der Präventionstag wurde in den letzten Jahren – bei steigenden Teilnehmerzahlen – stetig mehr für alle in der Prävention tätigen und daran interessierten Gruppen und Personen interessant, so dass in den Vortragsangeboten wie auch in der begleitenden Ausstellung ein deutlich heterogeneres, umfassenderes und bunteres Bild entstanden ist. Auch die Diskussionen in den Foren gestalten sich durch die interdisziplinäre Zusammensetzung komplex, vielseitig und sehr lebendig.

Der Programmbeirat des DPT, in dem das DBH-Bildungswerk durch seine Leiterin, Renate Engels, vertreten ist, verabschiedete zum Schwerpunktthema **Starke Jugend – Starke Zukunft** eine sogenannte **Wiesbadener Erklärung**, die maßgeblich von Dr. Wiebke Steffen und dem Kongress- und DBH-Präsidenten, Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, formuliert wurde und hier in Auszügen wiedergegeben ist.

Der Erklärung wurden die folgenden 4 Thesen vorangestellt und begründet:

- Kriminalprävention wirkt
- Jugendkriminalität entwickelt sich in den letzten Jahren generell günstig
- Jugendkriminalität ist allgemein verbreitet
- Schwere Jugendkriminalität ist selten

Die Erklärung kommt zu den folgenden Ergebnissen, (Auf-)Forderungen und Perspektiven: "Junge Menschen haben zu allen Zeiten Grenzen überschritten, Sanktionsspielräume ausgetestet, Abenteuer im Rahmen ihrer Möglichkeiten gesucht und Anerkennung unter Gleichaltrigen angestrebt. Dabei ist es schon immer zu Normverstößen, also auch zu grundsätzlich strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen, gekommen. Die öffentliche Wahrnehmung, dass gerade heutzutage die Jugendkriminalität immer häufiger und Jugendgewalt immer brutaler als je zuvor wird, lässt sich mit den vorliegenden empirischen Befunden so nicht belegen. Verlässliche Anhaltspunkte für eine flächendeckend zunehmende Brutalisierung junger Menschen sind weder den Erkenntnissen aus Dunkelfeldstudien, noch den Angaben aus polizeilichen, justiziellen oder anderen Statistiken zu entnehmen."

Die vollständige Wiesbadener Erklärung sowie das speziell für den 12. Deutschen

Präventionstag erstellte Gutachten von Dr. Wiebke Steffen „Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden“ sowie diverse weitere Materialien (wie Vortragstexte, Fotos...) und Informationen finden Sie auf der Homepage des DPT unter www.praeventionstag.de.

Das Bildungswerk führt neben den bekannten ständigen Kooperationen (mit dem Lohmarer Institut für Weiterbildung und der gemeinnützigen Gemeinschaft für berufliche Bildung) auch veranstaltungsbezogene Kooperationen durch. Der Vorteil besteht darin, eine größere Zielgruppe für wichtige Themen zu erschließen und den organisatorischen Aufwand gering zu halten.



Eine solche Veranstaltungskooperation wurde 2007 mit der DGSP (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie) für die **Fachtagung „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zu gemeinsamen Handeln“** am 12. September 2007 in Köln vereinbart. Die Veranstaltung zog ein enormes Teilnehmerinteresse auf sich und leider konnten aus räumlichen Gründen nicht alle Interessierten auch zu dem Fachtag zugelassen werden.

Trotzdem konnten gut 300 Teilnehmende sich rund um das Thema „Sucht“ informieren und in Arbeitsgruppen diskutieren. Neben der Beteiligung in der inhaltlichen Planung war der DBH auch mit einem Informationsstand vertreten. Weitere Kooperationspartner bei dieser Veranstaltung waren der Landschaftsverband Rheinland, die BAG-Wohnungslosenhilfe, der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit und der Vormundschaftsgerichtstag.

Die **Fachtagung „Betreuung und Kontrolle von gefährlichen Straftätern nach der Entlassung aus dem Gefängnis – Prävention von Rückfällen“** fand mit 150 Teilnehmenden am 08.10.2008 in Würzburg statt. Wir bedanken uns für die Unterstützung des Bayerischen Landesverbandes für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe, der Christopherusgesellschaft Würzburg und der Brücke Aschaffenburg. Ergänzt durch mehrere Kurzreferate führten die Hauptvorträge zu lebhaften Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Dr. Ulrich Baltzer, Vri am LG a. D., referierte über „Gefährliche Straftäter – eine Problemgruppe der Kriminalpolitik“; Dr. Bernhard Böhm, BMJ und DBH-Präsidiumsmitglied berichtete über „Gesetzliche Umsetzung: Reform der Führungsaufsicht“; Gernot Hahn, Klinik für Forensische Psychiatrie Erlangen, trug aus seiner Erfahrung zur Therapie von Sexualstraftätern vor und Sabine Roidl, Zentralstelle HEADS, Polizei Bayern, informierte über die Vernetzung der Polizei bei Sexualstraftätern (HEADS).



Die **Qualitätsentwicklung und -sicherung** in der Fort- und Weiterbildung wurde 2007 weiter voran gebracht, das DBH-Bildungswerk strebt eine entsprechende Zertifizierung an. Die Vorbereitungen dazu haben begonnen und werden uns in den folgenden Jahren begleiten. Wir erhoffen uns eine weitere Verbesserung unserer Arbeit und durch den Zertifizierungsprozess neue Anregungen für die inhaltliche Gestaltung, die Organisation und letztendlich für die Zufriedenheit der Teilnehmenden, die seit Jahren erfreulich hoch ist.

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

eine Einrichtung des DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik



Das Jahr 2007 im Überblick

Koch sei Dank! Während die Bilder des Überfalls in der Münchner U-Bahn in steter Regelmäßigkeit über den Bildschirm flimmerten und der hessische Ministerpräsident keine Gelegenheit ausließ, für eine Verschärfung des Jugendstrafrechts zu plädieren, ging ein Ruck durch die Republik. Vom Rand rückte die Frage nach dem adäquaten Umgang mit straffälligen Jugendlichen mitten in alle privaten, öffentlichen und veröffentlichten Diskussionen. Nie zuvor hatte das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA-Servicebüro) so viele Anfragen, was es denn mit dem Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) eigentlich auf sich hätte, was er den Opfern oder den Tätern bringen würde, oder ganz einfach, wie man sich eine solche Vermittlung genau vorzustellen habe.

Plötzlich waren die Berichte über den TOA von einer erstaunlichen Kenntnis der Materie gekennzeichnet. Die oft verzerrende bis falsche Berichterstattung hatte eine Auszeit genommen.

Schließlich konnte ein deutlich gestiegenes Interesse der politischen Parteien an diesem Thema konstatiert werden. Alle im Bundestag vertretenen Parteien suchten in diesem Kontext den Kontakt zum TOA-Servicebüro.

Die Diskussionen selbst hatten wenig Aufregendes zu liefern. Die altbekannten Protagonisten der Devise von „Hart anfassen“ saßen in allen fast Kanälen ihren Widersachern aus der „pädagogischen Ecke“ gegenüber und tauschten die wiederkehrenden Argumente aus.

Angereichert werden solche TV-Events seit einiger Zeit mit jungen Männern, die – ehemals straffällig – nun mit dem Image des knallharten und mit allen Wassern gewaschenen Streetworkers von ihrer Läuterung, meist durch Jugendarrest, berichten. Wenn es so einfach wäre...

Eine Dichotomie von Härte und Milde beherrscht diese übertrieben generalisierenden Debatten, obwohl es unzählige Beispiele für den Erfolg und Misserfolg des jeweiligen Ansatzes tagtäglich gibt. Beispiel gefällig? Zwei Jugendliche werden nach einem Diebstahl von der Polizei getrennt nach Hause gebracht. Der eine lässt sich das eine Lehre sein. Er wird nie mehr straffällig. Der andere berichtet seinen Freunden voller Stolz, dass ihn die Bullen, die ihm übrigens gar nichts anhaben könnten, gestern nach Hause gebracht hätten. Dies alles untermauert seinen Anspruch auf eine Führungsrolle in der Clique.

Ein und dieselbe Maßnahme kann zu völlig unterschiedlichen Reaktionen führen. Damit sollte man sich in aller Bescheidenheit abfinden. Wer Kinder hat, kann ein Lied davon singen.

Diese Erkenntnis führt weg von der Schwarz-Weiß Debatte, ob der milde oder harte Input adäquat ist, hin zu einer Fokussierung auf ein Setting, das der individuellen Situation der Betroffenen, der Partizipation an der Gestaltung des Prozesses, der autonomen Verantwortungsübernahme und der Wiederherstellung des sozialen Friedens mehr Priorität einräumt als der Fremdeinwirkung eines wie immer gearteten Erziehungsansatzes.

Der Täter-Opfer-Ausgleich gibt den Rahmen für ein solches Setting. Er leistet damit einen wichtigen, weitergehenden Beitrag für den Umgang mit den Folgen einer Straftat, der in der öffentlichen Debatte offenbar noch nicht angekommen ist. Das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung hat im Jahre 2007 versucht, Maßnahmen einzuleiten, die diese öffentliche Debatte bereichern sollen.

So fand in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Täter-Opfer-Ausgleich in Berlin das zweite Symposium zum Thema 'Fair ist mehr – Chancen für ausgleichende Gerechtigkeit im Sport' statt. Der Täter-Opfer-Ausgleich braucht den

Sport, weil es kaum einen Bereich gibt, der gesellschaftlich so tief verankert ist. Er ist das ideale Mittel um eine Sensibilität für die Konfliktschlichtung zu fördern und viele Menschen gleichzeitig anzusprechen. Ebenso ist der Begriff von Fairplay dort verankert und jeder kann sich konkret etwas darunter vorstellen.

Der Sport braucht aber auch den Täter-Opfer-Ausgleich! Eine adäquate Form der Konfliktbewältigung, die den Verhältnissen im Sport angepasst ist und zum sozialen Frieden beiträgt.

Im Jahre 2007 konnte mit dem Deutschen Fußballbund eine Zusammenarbeit vereinbart werden, die für 2008 die Erarbeitung eines Konzeptes für die Einführung der Konfliktschlichtung in die Verbandsgerichtsbarkeit – zunächst auf regionaler Ebene – vorsieht.

Ein weiterer Schwerpunkt der verstärkten Präsenz in der öffentlichen Debatte war die Erstellung eines Konzeptes für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit in NRW. Vorausgegangen war eine Analyse von 91 bundesweit verbreiteten Artikeln über den TOA und eine zweitägige Befragung von Passanten in der Kölner Innenstadt. Dieses Konzept, mit dessen Umsetzung das TOA-Servicebüro 2008 beauftragt wurde, sieht unter anderem folgende Aufgaben vor: Bereitstellung eines Servicetelefons, eine Anzeigenkampagne mit Prominenten, Kontaktaufnahme und Rückmeldung an Redakteure bei falscher Berichterstattung, Pressemitteilungen zum TOA und die Berichterstattung über interessante Fälle.

Nach wie vor ist der Ausbildungsbereich ein Schwerpunkt der Arbeit. Im Berichtszeitraum 2007 fand der berufsbegleitende Lehrgang 'Mediator in Strafsachen' bereits zum fünfzehnten Mal statt. 2007 konnte eine Lehrgangsgruppe in Kooperation mit der 'Neustart gGmbH' für die dort im TOA tätigen Mitarbeiter angeboten werden. Der Lehrgang für Quereinsteiger, die bereits in anderen Feldern eine Mediationsausbildung von mindestens 120 Stunden durchlaufen haben, erfreut sich eines zunehmenden Zuspruchs.

Auf gleichbleibend hohem Niveau konnten im Jahre 2007 die Ausgaben 30 bis 33 des Info-Dienstes produziert und heraus gegeben werden. Mit einer Auflage von 1500 Exemplaren erfreut sich dieses Fachjournal zunehmender Beliebtheit. Als Themenschwerpunkte sind 'Trägergemeinschaften als Ausweg', 'Kommentar zum Rechtsdienstleistungsgesetz' und 'TOA und Graffiti' zu nennen.

Das TOA-Servicebüro kann nur innerhalb eines organisierten Netzwerkes seine besonderen Stärken als Informationsdrehscheibe und Impulsgeber einbringen und seinen Beitrag zur Entwicklung des Täter-Opfer-Ausgleich leisten. So ist es nur konsequent, dass auch 2007 die Zusammenarbeit mit diversen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen zum Konzept gehörten.

In diesem Kontext wurde im Jahre 2007 die Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich e.V. weiter intensiviert. Ein gemeinsam veranstaltetes Symposium ist Ausdruck dieser guten Kooperation. Es fand im November 2007 in Berlin in den Räumen der Landesvertretung Niedersachsens im Beisein der Landesjustizministerin Heister-Neumann und etwa einhundert Besuchern aus den Bereichen der Mediation und dem Sport statt.

Allen Partnern, Referenten, Autoren, Trainern, Förderern, unserem Dachverband und besonders dem Bundesministerium der Justiz möchten wir an dieser Stelle für das Vertrauen, das uns im letzten Jahr zuteil wurde, herzlich danken. Ohne diese – oft uneigennützig – Unterstützung wäre die Umsetzung unserer Arbeit nicht möglich gewesen.

LOTSE unterstützt ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer in der Straffälligenhilfe

••••• Projektaktivitäten 2007 in NRW

Seit September 1996 ist das Projekt LOTSE im DBH-Bildungswerk mit Unterstützung des NRW-Justizministeriums bemüht, die ehrenamtliche Betreuung in der Straffälligenhilfe durch unmittelbare Ansprache der aktiven und interessierten Bürgerinnen und Bürger zu stärken und auszubauen. Die nunmehr fast zwölfjährige Projektarbeit hat LOTSE im justiznahen Bereich inzwischen gut etabliert. Die Zusammenarbeit mit den Justizvollzugsanstalten und Trägern der Straffälligenhilfe konnte verstetigt werden. Die Verankerung in der Zielgruppe wurde dadurch nachhaltig gefestigt. Gleichzeitig stiegen die Wünsche und Erwartungen an die Projektarbeit und die nachgefragten Unterstützungs-/Beratungsdienstleistungen kontinuierlich an.

LOTSE unterstützt ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer beim Einstieg und während des bürgerschaftlichen Engagements in der Straffälligenhilfe vor allem mit folgenden Angeboten:

Die sechs **LOTSE-Gesprächskreise** bestanden im Projektjahr 2007 in Münster, Herford, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Köln. Hier fand im Abstand von vier bis sechs Wochen ein Erfahrungs- und Meinungsaustausch statt. Es wurden insgesamt 36 Gesprächskreise organisiert und moderiert, zu denen jeweils Fachleute aus der Justiz, dem Strafvollzug und aus anderen Gruppen und Initiativen, die Straffällige begleiten, eingeladen wurden. Damit wird einem starken und weit verbreiteten Bedürfnis nach fachlicher Beratung der ehrenamtlichen Tätigkeit entsprochen. Auch Besuche in sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen und der organisierte Besuch von Vollzugsanstalten gehörten zu den Angeboten der Gesprächskreise. Die LOTSE-Gesprächskreise, die an den Volkshochschulen in Münster, Herford, Essen und Gelsenkirchen stattfinden, wurden entsprechend auch über die jeweiligen Vorlesungsverzeichnisse angeboten. Die Gesprächskreise umfassen i.d.R. je nach Einzugsgebiet bis zu 15 Teilnehmer bzw. Teilnehmerinnen, die in verschiedenen Justizvollzugsanstalten der jeweiligen Region individuell sehr unterschiedliche ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben. Kooperationen mit den örtlichen Gruppen und Vereinen der Straffälligenhilfe sind gegeben.

Der **LOTSE-Info** als ein wesentliches und bewährtes Medium des Projektes zur Ansprache der bereits ehrenamtlich in der Straffälligenhilfe Tätigen und zur Anwerbung und Einbindung zusätzlicher potentieller Ehrenamtler und zu deren Unterstützung informierte im Jahre 2007 mit einer Auflage von 2.200 Exemplaren (ausgenommen Info 50 mit 2.400 Exemplaren). Im Berichtszeitraum wurden vier Ausgaben des LOTSE-Infos in den Monaten März, Juli, Oktober und Dezember (Ausgaben 49-52)

erstellt und vertrieben. Der Verteiler für die direkte Zustellung an die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer konnte aufgrund der Rückmeldungen auch in 2007 ausgebaut werden.

LOTSE-Supervision konnte im Jahre 2007 aufgrund des engen Projektbudgets leider nicht mehr wie in den Vorjahren – trotz gegebenen Bedarfs – angeboten werden.

Drei **LOTSE-Seminare** ergänzten die o.g. Gesprächs- und Informationsangebote in 2007. Am 05. Juni 2007 fand das LOTSE-Seminar zum Thema: „ Am besten wie ein rohes Ei behandeln?“ zur Betreuung von Gewalttätern mit dem Psychotherapeuten Michael Stiels-Glenn in den Räumen seiner Praxis in Recklinghausen statt. Wegen der starken Nachfrage wurden im Herbst 2007 zwei weitere Seminare zu diesem Thema angeboten. Am 19.11.2007 wurde das Seminar „Betreuung von Gewalttätern“ in Zusammenarbeit mit der Universität, Lehrstuhl für Kriminologie, Prof. Feltes, durchgeführt, ebenfalls mit Herrn Michael Stiels-Glenn in Recklinghausen. Das weitere Seminar fand unter Leitung von Herrn Stiels-Glenn am 29.11.2007 ebenfalls in Recklinghausen statt.

Zur weiteren **LOTSE-Öffentlichkeitsarbeit** steht die Projekt-Homepage im Internet unter www.projekt-lotse.de zur Verfügung. Die Pflege und fortlaufende Aktualisierung dieser Homepage wird seit Anfang 2006 von dem ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter Heinrich Hofauer (neben seinen ehrenamtlichen Computerkursen in der JVA Köln) durchgeführt.

Des Weiteren wurden regelmäßige Kontakte und Gespräche mit Medienvertretern wahrgenommen. Zusätzlich wurden viele Gesprächsmöglichkeiten mit Multiplikatoren (Freiwilligenagenturen, Initiativen und Vereine der Straffälligen- und Entlassenenhilfe etc.) genutzt, um das Projekt noch stärker bekannt zu machen und Bürgerinnen und Bürger für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Hierzu wurde auch ein regelmäßiger Austausch mit der Bereitstellung von Materialien gepflegt.

Das **LOTSE-Servicebüro** in der DBH-Geschäftsstelle, Köln, stand ehrenamtlich Tätigen bei allen Fragen und Problemen weiterhin kontinuierlich zur Verfügung.

LOTSE war im Berichtszeitraum eingebunden in die Koordinierungsgespräche des NRW-Justizministeriums und Landesjustizvollzugsamtes zur Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe in Nordrhein-Westfalen. Das Projekt LOTSE ist generell um eine kooperative und kontinuierliche Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch mit weiteren Trägern der Straffälligenhilfe bemüht.

Ausblick

Das NRW-Justizministerium hat zwischenzeitlich die Bereitstellung von Fördermitteln für 2008 in gleicher Höhe wie 2007 bewilligt. LOTSE wird weiterhin auf Landesebene das bürgerschaftliche Engagement unterstützen. Die notwendige Präsenz, z.B. durch die Gesprächskreise mit den Kontakten vor Ort, ist auch für 2008 gewährleistet. Die Herausgabe des LOTSE-Infos wird – wie bereits in 2007 – auf vier Ausgaben jährlich begrenzt werden müssen. ●

<p>Sie werden schon im Knast erwartet</p> <p>Straffällige brauchen Ihre ehrenamtliche Hilfe</p>  <p>Straffällige brauchen Kontakt zur „Außenwelt“ durch Gespräche, Freizeitangebote, schulische Hilfestellungen, Vorbereitungen für die Zeit danach ... und alles was Sie können.</p> <p><small>Sie stellen sich neuen Herausforderungen, erfahren neue Lebenswelten, bauen Ihre Stärken aus, finden Ausgleich zum Beruf, bleiben aktiv ... und unterstützen die Wiedereingliederung Straffälliger in unsere Gesellschaft und helfen Rückfälle zu verhindern</small></p> <p>LOTSE im DBH-Bildungswerk Aachener Straße 1064, 50958 Köln Tel. 0221 / 94865132 - www.projekt-lotse.de</p>	<p>Unsere Angebote für Sie</p> <p>Herzlich eingeladen sind alle ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe, Schöffinnen und Schöffen sowie an Straffälligenhilfe Interessierte</p> <p>LOTSE unterstützt Sie beim Einstieg und während Ihres Engagements in der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe ...</p> <p>LOTSE-Info: 4-mal jährlich Informationen frei Haus</p> <p>LOTSE-Gesprächskreise: Erfahrungsaustausch + Fachinformation</p> <p>LOTSE-Supervisionsgruppen: intensive Beratung für Helfer</p> <p>LOTSE-Seminare: schwerpunktbezogene Fortbildung</p> <p>LOTSE-Servicebüro: Koordinierungs-, Anlauf- und Beratungsstelle</p> <p>Ein Projekt zur Förderung und Unterstützung von Freier Hilfe in Sozialer Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik gefördert durch das NRW-Justizministerium</p> <p>LOTSE im DBH-Bildungswerk Aachener Straße 1064, 50958 Köln Tel. 0221 / 94865132 - www.projekt-lotse.de</p>
---	--



Mitarbeiter der Arbeitsbereiche und Projekte



Peter Reckling



Bildungswerk



Renate Engels



Hortense Beckmann



Beate Grommes



Servicebüro für Täter-
Opfer-Ausgleich und
Konfliktschlichtung



Gerd Delattre



Regina Delattre



Evelyn Fahl

LOTSE
Projekt Ehrenamtliche
Straffälligenhilfe



Renate Wevering